



Vorstand on Tour:
In Linz beginnt's

Bericht:
Brandermittlung
in Zügen

Interview:
BMI Maria Fekter
im kripo.at-Talk

Fortbildung:
Dienstreise nach
Königswinter

Der globale Wirtschaftskrimi:

Krisen, Konten und Kredite

Diese Staats-Rente-Obligation bildet einen Bestandteil der auf Grund ... vom 2. August 1892, R. G. Bl. Nr. 151, geschaffenen, mit jährlich vier ... Kronen verzinslichen steuerfreien Rentenschuld der im Reichsrate vertretenen König- ... das hierfür aufgelegte Schuldbuch eingetragen sowie unter ... der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates der Zinsen erfolgt ohne jeden Steuer-, Gebühren- oder



AM PULS DER ZEIT

„Wer wegen seiner beruflichen Zukunft verunsichert ist, leistet weniger als jemand der sich sicher fühlt“. Diese Weisheit stammt natürlich nicht von mir, sondern von einem Betriebspsychologen. In unserem Beruf ist es nicht die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes, sondern die Verunsicherung ständiger Reformen die zermüht. Gerüchte und Halbwahrheiten sorgen dafür, dass dieser Zustand im Kriminaldienst am Köcheln bleibt und damit vielleicht am Niedergang der Aufklärungsziffern seinen Anteil hat. Wer weiß aber wirklich wie es weitergeht? Nun, eine Frau müsste es wissen – die Innenministerin. Wir haben sie deshalb gefragt was tatsächlich geplant ist. Die authentischen Aussagen finden Sie im Interview auf Seite 13.

Neben Authentizität ist Aktualität ein wesentlicher Faktor unserer Öffentlichkeitsarbeit. Wir werden uns daher in unserer Zeitschrift *kripo.at* und auf unserer Homepage, die übrigens im Herbst in völlig neuer Façon geboten wird, jenen Themen widmen, die Einfluss auf unsere Arbeit haben. In der letzten Ausgabe haben wir uns mit dem Thema Verelendung befasst und in dieser Ausgabe behandeln wir das Thema Wirtschaftskrise – beides Entwicklungen, die Auswirkungen auf unsere Arbeit haben. Hautnah ist da nur noch die Gewalt gegen Polizeibeamte. Sie wird langsam zur Normalität und so mancher Zeitgenosse sieht sie als berufsbedingte Gegebenheit. Wir denken, dass diese Entwicklung gestoppt werden muss und wir werden deshalb diesem Thema die nächste Ausgabe widmen. Schreiben Sie uns, wie Sie das Problem sehen, wie Sie mit Gewalt konfrontiert wurden und was man Ihrer Meinung nach dagegen tun könnte.

„Sicher in den besten Jahren“ heißt das neueste Präventionsprojekt des BM.I. Pensionierte Polizeibeamte sollen, so meint man im Ministerium, ältere Menschen mit ihrem Fachwissen vor den Gefahren der Kriminalität bewahren. Man will damit mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens kann man dadurch die Senioren unserer Gesellschaft, die ja zu der gefährdetsten Altersgruppe gehören, schützen. Zweitens geht damit das vorhandene Wissen der Polizeipensionisten nicht verloren und drittens ist es doch eine schöne Beschäftigung, die einem Pensionsschock entgegenwirkt.

Soweit so gut, aber was hat das mit der „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“ zu tun? Jene Kollegen, die sich für die Aktion gemeldet haben oder es noch tun werden, müssen irgendwie betreut und verwaltet werden. Die fachliche Führung liegt natürlich voll in der Hand des Ministeriums, doch dort gibt es keine geeignete Stelle, die sich um das Rundherum, wie Versicherung etc. kümmern kann. Unsere Berufsvereinigung stellte sich sofort zur Verfügung, als wir von diesem Problem erfuhren, sind doch die Kollegen in einer primär kriminalpolizeilichen Tätigkeit unterwegs. Kriminalprävention ist außerdem ein Gebiet mit dem sich die Vereinigung bereits beschäftigt hat und in Zukunft verstärkt befassen wird.

Die Kollegen die in den nächsten Monaten im Dienste der Senioren unterwegs sind, tun dies somit im Auftrag des BM.I., aber auch in unserem Sinne.

Richard Benda,
Präsident

INHALT

Editorial Unser Angebot: Kriminalistisches Wissen	3
kripo.at NEWS Nationale und Internationale Short-Cuts	5
Spurensuche: Brandermittlung in Zügen	7
kripo.at INTERVIEW: - Bundesministerin im Talk - Besuch beim GD	13
kripo.at INTERN - In Linz beginnt - Geburtstage - Wir besuchen die SIAK - kripo.at Termine	17
Top-Thema: Krisen, Konten und Kredite	20
Wirtschaftskrise: "High Risk Management"	27
kripo.at MIX: - Dienstreise nach Königswinter - Leserbrief	30



Großbritannien: Bevölkerung soll gegen Terroristen geschult werden

Der zuletzt veröffentlichte Bericht über die Terrorsituation in Großbritannien spricht von der akuten Möglichkeit einer „schmutzigen Bombe“. Die Regierung will deshalb zu drastischen Mitteln greifen und überdenkt die Schulung von 60.000 Briten, vorwiegend Angestellten von Hotels und Geschäften. Sie sollen sensibilisiert werden und Vorbereitungsmaßnahmen erkennen und melden. Man dürfe den Anti-Terror-Kampf nicht alleine der Polizei und den Geheimdiensten überlassen meinte die britische Innenministerin Jacqui Smith. Im Falle eines Anschlages mit chemischen oder radioaktiven Material sollen die Menschen auch wissen was zu tun ist.



Europäische Union: Genereller Spionageverdacht gegen Journalisten

Eine Welle der Empörung ergriff Anfang des Jahres die bei der EU akkreditierten Journalisten, als durch den Brüsseler Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Vermerk der EU-Kommission bekannt wurde. Journalisten wurde generell ein Spionageverdacht unterstellt. Dies empfanden die Journalisten selbst und ihre Vertretungen als massiven Vorstoß gegen die Presse- und Informationsfreiheit im Rahmen der Berichterstattung über die Arbeit der EU-Kommission. Der knieweiche Versuch der Sprecherin von Verwaltungskommissar Sim Kallas diesen Vermerk zu entschärfen, fand wenig Gehör. Es wurde die vollständige Rücknahme der Pauschalverdächtigung gegen die 1.500 in Brüssel tätigen Journalisten und eine öffentliche Entschuldigung verlangt.



Europäische Union: Brite wird Euro- pol-Direktor

Der Brite Robert Wainwright zieht als neuer Chef von Europol in Den Haag ein, er löst damit Max-Peter Ratzel ab. Wainwright war bisher Chef der Abteilung Internationales der britischen Agentur zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens (SOCA) und für internationale Zusammenarbeit zuständig.



Niederlande: Kein Job für einen weißen Mann

Dass Arbeitsplätze ohne Berücksichtigung von Geschlecht und Hautfarbe vergeben werden sollen, steht wohl außer Diskussion. Ob jemand einen Job bekommt, darf ausschließlich von seiner Fähigkeit abhängen, das gilt nicht auch, sondern vor allem im Bereich der Polizei. Wer nun glaubt, dass nur Frauen und Farbige diskriminiert werden, der irrt. Die niederländische Innenministerin Ter Horst hat den von einer Kommission als bestqualifizierten Teun Visscher als Polizeichef für Südholland abgelehnt. Grund: Er ist weiß und ein Mann. Ihrer Meinung nach sollte ein „swarter Allochthon“ (wie Niederländer mit Emigrationshintergrund genannt werden) die Polizeigewalt über die dreieinhalb Millionen Einwohner rund um Rotterdam bekommen. „Positive Diskriminierung“ wird so etwas in den Niederlanden genannt. Wenn schon kein Färbiger, dann könnte man doch eine Frau nehmen meinte die sozialdemokratische Innenministerin. Pech nur, dass alle Kandidatinnen ausgesiebt wurden, weil sie nicht die Qualifikation hatten. Die Innenministerin bewies mit ihrer Maßnahme Geschichtsbewusstsein, denn die Idee der positiven Diskriminierung stammt aus den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Da sich aber bald herausstellte, dass eine Stellenvergabe nach diesem System dazu führte, dass nicht der objektiv bessere eine Führungsposition bekam, nahm man bald davon Abstand. Die von der Ministerin ausgegrabene Idee fand selbst bei ihren Parteigenossen wenig Anklang. Eine breite Mehrheit der 150 Parlamentsabgeordneten sprach sich dafür aus, dass die bestqualifizierte Person Polizeichef wird, ebenso argumentierten die Zeitungen des Landes. Der Druck der Öffentlichkeit und der Volksvertreter war offensichtlich zu groß und so unterschrieb die Ministerin dann doch die Bestellungsurkunde.





Grafik: Christian Doneis

Brandermittlung in Zügen

Brandermittlungen in Reise- und Güterzugwagen sowie Triebfahrzeugen*

Brandunglücke in Schienenfahrzeugen mit ernstesten Folgen für Passagiere sind extrem selten. (1967 Langenweddingen = 94 Tote - Fahrlässigkeit, 1994 Kanada = 60 Tote - Vandalismus, 1995 Baku = 300 Tote - Elektrischer Effekt, 1999 UK - 31 Tote - Kollision, 2002 Nancy = 12 Tote - Heizplatte). Die mit Abstand häufigste Brandentstehungsursache ist Brandstiftung. Brände in Folge von vorsätzlichen oder fahrlässigen Handlungen sowie Unfällen und Vandalismus im Reiseverkehr, Gütertransport, an Bahnbetriebsanlagen und in Bahnhöfen kommen zwar wesentlich seltener vor als andere Unfälle und Schadensereignisse. Angesichts der möglichen Gefahren für das Leben und die

Der Verfasser bei der Untersuchung zur Brandursache an einem Speisewagen



Gesundheit der Reisenden und Beschäftigten sollte diese sporadisch auftretende Kriminalität deswegen jedoch nicht weniger Sorge machen, weil anders als die häufig auftretenden Formen von Kriminalität (z.B. Eigentumsdelikte, Tötungs- und Sexualdelikte), die von Spezialisten verfolgt werden, die sich die notwendigen Kenntnisse angeeignen konnten, insbesondere Brände oft auf unvorbereitete Einzeldienst- und Ermittlungsbeamte der Bundespolizei stoßen. Branddelikte sind derartige strafbare Handlungen, die sehr selten begangen werden, aber zu deren Aufklärung es umfangreicher spezieller Kenntnisse bedarf.

Aufgrund der vorhandenen Brandlasten, gefährlichen Gütern, des großen Personenaufkommens und der sehr oft hohen Brandausbreitungsgeschwindigkeit stellen Brände im Reise- und Güterzugverkehr eine nicht zu unterschätzende unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Reisenden und anderer Beteiligten dar.

Bei der Untersuchung von Bränden im Eisenbahnverkehr ist eine Reihe von Besonderheiten zu beachten. Besondere Beachtung sollte dem Problem des Zeit- und Informationsverlustes bei der Weiterleitung der Meldungen geschenkt werden.

Weiterhin sind beginnend mit dem Eingang der Meldung über die Untersuchungsarbeit am Brandobjekt bis zum Abschluss der Untersuchungen zur Ermittlung der Brandursache sowie für die damit verbundenen Probleme bei der Beweisführung weitere

Besonderheiten im Zusammenhang mit bahntypischen Zündquellen exakt zu beachten.

Eine qualifizierte Untersuchung ist nur durch das komplexe Zusammenwirken von Exekutive, Sachverständigen, und Beschäftigten der ÖBB (z.B. Zugbegleitpersonal, Lokomotivpersonal, Aufsicht, Notfallmanager, Fahrmeisterei) Erfolg versprechend.

Bei der Untersuchung von Bränden in Reise- und Güterzügen sowie in Triebfahrzeugen sind wiederum eine Reihe von Besonderheiten beginnend mit der Untersuchungsarbeit bis zum Abschluss der Untersuchungen zu beachten. Zur Ermittlung der Brandursache sind von den eingesetzten Ermittlern brandtypische Spuren, die Rückschlüsse auf die Brandausbruchsstelle zu lassen, umfassend zu suchen und zu sichern.

Alle möglichen Zündquellen sind zu untersuchen, und es ist zu prüfen, ob sie die im Reise- oder Güterzugwagen bzw. Triebfahrzeug vorhandenen brennbaren Stoffe zünden konnten. Auch dabei gilt es, einige eisenbahntypische Besonderheiten zu beachten, z.B. dass die Brandausbreitung von der Fahrtrichtung des Zuges sowie vom Fahrtwind beeinflusst wird, Verbindungstüren, Fenster, Luken u. a. oftmals nicht geschlossen sind. Entsprechend der Gattungsart der Fahrzeuge sind unterschiedliche Zündquellen möglich. So gibt es die unterschiedlichsten Bauarten und -ausfüh-

rungen. So werden derzeit 40 verschiedene Türkonstruktionen benutzt. Die modernen Wagen sind klimatisiert (Fenster lassen sich nicht öffnen). In Reisezugwagen befinden sich je nach Bauart zwischen 50 und 70 Sitzplätze, in Doppelstockwagen bis 100 Sitzplätze. In Spitzenverkehrszeiten können die Wagen bis zu 150 % besetzt sein. Sofort nach Eingang der Meldung eines Brandes in einem Reise- oder Güterzug muss ermittelt werden, um welche Gattungsart von Reise- bzw. Güterzugwagen es sich handelt, da jede Gattungs- bzw. Bauart auch hinsichtlich der Brandortuntersuchung eine ganz bestimmte Besonderheit (z.B. Heizungsart, elektrische Beleuchtung, Batterieanlagen, Führung von Leitungssystemen) besitzt. Dabei sind insbesondere folgende Risikobereiche besonders zu beachten:

- überirdische Züge mit kurzen Haltezeiten
- Untergrundbahnen
- Züge ohne Betriebspersonal an Bord
- Schlafwagen
- Toiletten
- kleine Zugabteile
- Großraumwagen
- Speisewagen und Küchen
- Passagieren nicht zugängliche Bereiche.

Neben Sachbeschädigungen durch Inbrandsetzen (Vandalismus) sind Schäden an Kocheinrichtungen in Speisewagen, Zuleitungen zu den Batteriekästen bei Reisezugwagen und der Umgang mit offenem Feuer bzw. Tabakreste immer wieder die Ursache von Bränden in Reisewagen. Schwerpunkte der Untersuchungen sollten folgende Bereichen bilden:

- Sitze im Abteil (vorsätzliche und fahrlässige Brandstiftung)
- Toiletten (vorsätzliche und fahrlässige Brandstiftung)
- Konstruktionsbauteile (Sekundäre Zündquellen, Gepäck, Flüssigkeiten z.B. Öle, Benzin)
- Elektrische Ausrüstung (Versagen der Anlage)

Als weitere Brandursachen stellen schadhafte Beleuchtungs- und andere elektrische Anlagenteile, Batterieanlagen einschließlich elektrischer Heizungen, unter Hitzeeinwir-

kung explodierende Luftbehälter die größte Gefahr dar.

Funken von Dampf-, Diesel- und E-Loks, heiße Flächen von Motoren und Generatoren sowie Schäden an Treibstoffleitungen bei Dieselloks sind ebenfalls Brandursachen. Mit der Renaissance der Dampfloks kommen in den letzten Jahren auch wieder Brände durch Wärmestrahlung von Dampfheizungsrohren vor.

- Um alle möglichen Zündquellen zu erkennen bzw. Ursachen und begünstigende Bedingungen herauszuarbeiten, sind im Rahmen der Untersuchungen auch technische Abläufe, Bedienungsanweisungen für einzelne Geräte und Anlagen, Schaltpläne u. a. auszuwerten sowie Störungsbücher und -meldungen zu analysieren. Aus diesem Grund ist es unbedingt erforderlich, dass der Ermittler von der Technik und Organisation des Eisenbahnwesens ausreichend Kenntnis hat. Nur das komplexe Vorgehen kann es den Ermittlungsbeamten ermöglichen den Sachverhalt schnell, umfassend und in hoher Qualität aufzuklären sowie die Beweisführung unanfechtbar zu gestalten.

Neben der Verantwortlichkeit der Ermittler für die Besichtigung des Brandortes, für Maßnahmen zur Ermittlung der Brandursache sowie Vernehmung von Brandzeugen

Suche nach der Zündquelle



Bild: CI Harald Schmid - Wien

im Zug und entlang der Streckenführung ist die Sicherung von Spuren und anderen Beweismitteln zur Ermittlung der Brandentstehungsursache die entscheidende Aufgabe bei der Beweisführung im Zusammenhang mit bahntypischen Zündquellen.

Es ergeben sich insbesondere vielfältige Ermittlungsansätze für Inbrandsetzungen an den unterschiedlichen mobilen Handlungsorten der Täter. Dabei sollten folgende allgemeingültigen Standardmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Landespolizei Anwendung finden:

- Räumliche Ausdehnung des Tatortes im Verkehrsmittel oder der Streckenverlauf

(z.B. Anfertigung von Fahrwegübersichten)

- Zusammenhänge zwischen Brandort, Fundorten und Feststellungsorten (Berücksichtigung z.B. Zusteigebahnhöfen)
- Erfassung von Zuglaufdaten (z.B. für die Erstellung von Weg-Zeit-Diagrammen)
- Aufforderung an Fahrgäste aus der Umgebung des Handlungsortes, sich zu melden
- Erfassung aller Personen, auch wenn diese nicht sofort als Zeugen erkennbar sind z.B. ständige Verkehrsmittelbenutzer
- Anfertigung von Sitzplänen bzw. Stehplatzplänen
- Veranlassung von sofortigen Ermittlungen auf Zusteigebahnhöfen
- bei vermuteter Gruppentäterschaft besondere Veranstaltungen (Sportereignisse, kulturelle Veranstaltungen usw.) im Bereich von Zusteigebahnhöfen beachten
- Ermittlungen am Streckenverlauf, z. B. ob Gegenstände oder Sachen aus dem Zug geworfen wurden
- Auswertung von Videoaufzeichnungen von Bahnsteigen, Verkehrsknotenpunkten, Bahnhofsvorplätzen

Bei Brandermittlungen im Eisenbahnbereich sind vielfältige Gefahren im Gleisbereich aber auch am Wagenmaterial zu berücksichtigen.

Die Brandursachenermittlung im Eisenbahnverkehr besitzt aber auch präventive Bedeutung. Einerseits dient sie der Überführung von Brandstiftern und besitzt damit abschreckende Wirkung. Andererseits zeigt die Ursachenanalyse Wege für die Vermeidung von Bränden auf.

* Dieser Beitrag ist eine für österreichische Kollegen der Exekutive überarbeitete Zusammenfassung der Inhalte der Module „Brandursachenermittlung“ in den Fortbildungslehrgängen für Sachbeweismittelsicherung und -auswertung von deutschen Bundespolizeibeamten an der AKAD Bund in Lübeck im Lehrbereich 1 - Fortbildungszentrum Kriminalistik (FZK). Seit einigen Jahren werden diese Module vom Verfasser zweimal jährlich durchgeführt.

- Sicherheitsfachwirt (FH) Frank D. Stolt MSc, MSc. MA

Brandermittlung auf Eisenbahngelände



Bild: CI Harald Schmid - Wien

Innenministerin Dr. Maria Fekter im kripo.at-Talk

Zwischen gefühlter Kriminalität und tatsächlicher Kriminalitätsbelastung ist ein Unterschied. Was macht das BMI um die Österreicher davon zu überzeugen, dass Österreich zu den sichersten Ländern Europas gehört?

Die Liste an Aktivitäten ist lang. Zu den wichtigsten zählen die vielfältigen Präventionsmaßnahmen auf Länder- und Bundesebene, die enge Zusammenarbeit mit privaten Einrichtungen, sozialen Institutionen und Behörden und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit.

Es gibt keine eigene Ausbildung mehr für den Kriminaldienst. Zwar gibt es in der Grundausbildung Module die den Bereich Kriminalistik abdecken, aber das kann eine spezielle Ausbildung nicht ersetzen. Glauben sich nicht, dass dieses System auf die Dauer zu einer Qualitätsminderung des Kriminaldienstes führt? Wäre es nicht möglich wieder eigene Fachkurse für den Kriminaldienst anzubieten?

Wir haben ein europaweit führendes Ausbildungssystem - insbesondere im Kriminaldienst. Alle Neueinsteiger bekommen in den Ermittlungs- und Assistenzbereichen aufgabenorientierte Module angeboten, auf denen

die berufsbegleitende Fortbildung im Kriminaldienst aufsetzt. Zudem muss jeder bei einem LKA tätige Polizist regelmäßig ein für seinen Fachbereich spezielles Fortbildungsmodul absolvieren. Mit diesem System wird auch ein langjähriger Wunsch der MitarbeiterInnen erfüllt. Es werden Redundanzen in der Ausbildung vermieden und jeder wird mit speziellen Modulen für sein Tätigkeitsfeld vorbereitet. Mit diesem System werden auch die Absenzen vom Arbeitsplatz gering gehalten.

Durch den jetzt einfachen Wechsel vom uniformierten Dienst zur Kripo gibt es Fälle, dass Beamte ohne jede kriminalistische Ausbildung Kriminaldienst versehen. Das kann doch nicht funktionieren?

Hier muss ich klar widersprechen. Bereits bei der Erstausbildung werden sehr viele kriminalpolizeiliche Inhalte vermittelt. Zudem werden auf den Polizeiinspektionen

bedarfsorientierte Ausbildungsmodule wie Spurensicherung oder Vernehmungstechnik organisiert. Zusätzlich werden spezielle Schulungen zu den Ermittlungs- und Assistenzbereichen des Landeskriminalamts angeboten. Darüber hinaus sind die Landeskriminalämter beauftragt, regelmäßige Schulungen für die Beamten der Bezirks- und Stadtpolizeikommanden durchzuführen. Uniformierte Exekutivbedienstete waren schon immer im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung tätig. Komplexe Kriminalfälle werden in kooperativer Fallbehandlung mit Unterstützung des Kriminaldienstes abgearbeitet.

Gibt es ein Personaleinsatzkonzept und ein Konzept über die Ausrüstungen in den LKA's und den Stadtpolizeikommanden?

Selbstverständlich, keine Organisation kann es sich leisten, in diesen wichtigen Bereichen konzeptlos vorzugehen.

Bild: Bundesministerium für Inneres



Wie man hört gibt es zu wenig Geld für Seminare, Überstunden etc. Stimmt diese Information und wenn ja, wann kann wieder mit entsprechenden finanziellen Mitteln gerechnet werden?

Das Budget für 2009 und 2010 garantiert Sicherheit für Österreich. Damit ist einerseits ein Zuwachs beim Personalstand sichergestellt andererseits gibt es auch mehr Mittel für den Sachaufwand. Im Vergleich zu 2008 gibt es 2009 plus 185 Millionen Euro im Personalbudget, 2010 sind es plus 214 Millionen Euro. Beim Sachaufwand gibt es 2009 ein Plus von 16,3 Millionen Euro, 2010 ein Plus von 5,6 Millionen Euro im Vergleich zu 2008.

Noch immer befinden sich seit der letzten Reform langgediente E1-Beamte ohne bewertete Planstelle in einem Pool. Was ist mit diesen Beamten geplant?

Selbstverständlich sind die erstinstanzlichen

Dienstbehörden gehalten, ihrer Verpflichtung um ehestmögliche Zuweisung eines Arbeitsplatzes nachzukommen. Dabei muss auch auf die sozialen Aspekte, ihr Dienst- und Lebensalter sowie ihre bisherige Verwendung Rücksicht genommen werden.

47 % der Kriminalität Österreichs passiert in Wien und wird mit 20 % des Personals bearbeitet. Welche Maßnahmen hat das BMI vor, um dieses Ungleichverhältnis zu bereinigen?

Es wird daher sowohl im Rahmen der geplanten jährlichen 1.000 Neuaufnahmen als auch im Zuge der sukzessiven weiteren Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmenstruktur (Schengenerweiterung) verstärkt zusätzliche Planstellen bzw. zusätzliches Personal für Wien geben. 267 junge Polizistinnen und Polizisten werden heuer in Wien ihre Ausbildung abschließen und die Außenpräsenz der Polizei verstärken. Darüber hinaus werden heuer 450 Personen zusätzlich die Polizeiausbildung für Wien beginnen.

Im Regierungsprogramm ist die Gründung einer zentralen Einheit zur Bekämpfung der Internetkriminalität festgeschrieben. Wann ist mit der Gründung eines Meldezentrams für Internetkriminalität zu rechnen?

Hier verfolgen wir zwei Wege: einerseits beteiligt sich das Bundeskriminalamt an der Errichtung einer europäischen Plattform für Hinweise auf Internetstraftaten wie Internetbetrug, Phishing oder Kinderpornographie. Sie soll bei Europol angesiedelt werden und die Arbeit in den einzelnen Staaten erleichtern. Derzeit wird das Konzept unter Beteiligung eines österreichischen Experten des Bundeskriminalamts ausgearbeitet. Zugleich wird im Bundeskriminalamt an der Einrichtung einer nationalen Plattform gearbeitet. Mein Ziel ist es, diesen Punkt des Regierungsprogramms bis zum Sommer zur Entscheidungsreife vorzubereiten.

Besuch beim GD

Dr. Herbert Anderl, seit 1. Jänner 2009 Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, war einer der ersten Behördenvertreter den die neue Vereinsleitung besuchte. Mitte März d.J. besprach Dr. Anderl mit Präsident Benda, Vizepräsident Scheucher und Chefredakteur Franklin aktuelle Themen des Kriminaldienstes. Dr. Anderl steht unserem Berufsstand sehr aufgeschlossen gegenüber, war doch sein Vater selbst bei der Kriminalpolizei. Dr. Anderl versicherte die Vereinigung im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen und sieht in unserem Verein eine wertvolle Organisation im Rahmen des Kriminaldienstes.

Bild: Archiv



Bild: Archiv

oben:
Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
Dr. Herbert Anderl

unten:
Dr. Herbert Anderl (m.)
mit Franz Scheucher (l.)
und Richard Benda (r.)



Bild: Archiv

In Linz beginnt's

Die „Vereinigung“ ist ein österreichweit agierender Verein. Im Gegensatz zu diesem Verbreitungsgebiet, beschränkten sich in der Vergangenheit die Aktivitäten vor allem auf Wien. Die Vereinsleitung tagte auch bisher ausschließlich in ihrem Domizil in der Bundeshauptstadt. Nicht verwunderlich, dass sich die Mitglieder aus den Bundesländern benachteiligt fühlten. Es war daher eine zentrale Zielvorgabe der neuen Vereinsleitung die Kollegen in den Dienststellen außerhalb Wiens mehr an den Verein heranzuführen, die Kontakte mit der Zentrale in Wien und den einzelnen Sektionen untereinander zu verstärken. Der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles wurde am 22. April d.J. gemacht – die Vereinsleitung tagte erstmals außerhalb der Ortsgrenze von Wien und zwar in Linz. Eine Premiere.

Von unserem Linzer Repräsentanten und Vizepräsident Ludwig Hinterkörner perfekt vorbereitet, wurde die Sitzung der Vereinsleitung mit anschließender Mitgliederversammlung in den Räumen der Polizeidirektion Linz abgehalten. Aus den vielen Tagesordnungspunkten seien nur zwei erwähnt. **Wer einen berufsbezogenen Fortbildungskurs besucht und dafür private Mittel verwenden muss, erhält von uns einen Zuschuss von Euro 100,-. Einstimmig wurde auch beschlossen die Sozialleistungen an bedürftige Mitglieder, aber auch an Außenstehende zu erhöhen.** Es wurde auch gleich ein konkreter Fall behandelt und einem Kollegen der im Dienst schwer verletzt wurde, wird in den nächsten Wochen eine entsprechende Summe übergeben.



Die Vereinsleitung in der Polizeidirektion Linz

Die Gelegenheit des Aufenthaltes in Linz wurde auch gleich dazu benützt einem Linzer Kollegen ebenfalls eine namhafte Summe zu übergeben, die zum Ankauf eines Krankenbettes für seinen behinderten Sohn verwendet werden wird.

Erfreulich war, dass eine größere Anzahl Linzer Kollegen der Einladung zum ersten Mitgliedertreff außerhalb Wiens folgten. Noch erfreulicher war, dass auch aktive Kollegen der Versammlung beiwohnten, das lässt hoffen. Das Interesse an Aktivitäten zu Gunsten unseres Berufes scheint nach wie vor vorhanden zu sein.



Bild: Archiv

Übergabe einer Spende

GEBURTSTAGE

In den vergangenen Ausgaben unserer Zeitschrift kripo.at wurden Sie bisher über „runde“ Geburtstage unserer Mitglieder informiert.

Wir glauben, dass ein Geburtstag eine sehr persönliche Angelegenheit ist und vor allem ein Familienfest, für die Allgemeinheit aber weniger von Interesse. Wir werden daher in Zukunft keine Geburtstage mehr veröffentlichen.

Das heißt aber nicht, dass wir unsere Jubilare vergessen, im Gegenteil. Jene Altersgruppen, die bisher nur in Form der Namensnennung erwähnt wurden, erhalten in Zukunft einen persönlichen Brief der Vereinsleitung und ein kleines Geschenk. Wir glauben damit persönlicher zu agieren als mit einer bloßen Namensnennung als Geburtstagsjubilare.



**IMPRESSUM**

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. (01) 317 16 75,
E-Mail: redaktion@kripo.at

Präsident: Richard Benda

Chefredakteur: Thomas Franklin

Redaktionssekretariat: Marion Elsigan

Gestaltung: Christian Doneis

Mitarbeiter: Richard Benda, Thomas Franklin, Tam Hanna, Ludwig Hinterkörner, Werner Hetzl, Gerhard Lochmahr, Willibald Plenk

Redaktionsadresse:

Redaktion der kripo.at, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

Sektionsleiter in den Bundesländern:

SPK Eisenstadt, Neusiedler Str. 84, 059 133 15-0,

SPK Graz, Paulustorgasse 8, 059 133 60, Roman Rabitsch,

SPK Innsbruck, Kaiserjägerstr. 8, 059 133 70, Wolfgang Knöpfner,

SPK Klagenfurt, St. Ruprechterstraße 3, 0463 5333-6150, Harald Jannach,

SPK Villach, Trattengasse 34, 059 133 90-347, Ernst Mlekus,

SPK Linz, Nietzschestraße 33, 059 133 40-3750, Ludwig Hinterkörner,

SPK Wels, Dragonerstraße 29, 059 133 4190-324, Martin Müller,

SPK Salzburg, Alpenstraße 88, 059 133 50, Siegfried Jaros,

SPK St. Pölten, Linzer Straße 47, 059 133 35, Ernst Wolfgang,



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gmeinerstraße 1-3 **Verlags- und Herstellungsort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen der Bundespolizeidirektion Wien verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.

Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606

„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at

WIENER UND LINZER PENSIONISTENVEREINIGUNG

„SENIORENTREFF DER WIENER“

Jeden 1. Montag im Monat ab 17.00 Uhr

Gasthaus „d'Landsknecht“

9. Bezirk, Porzellangasse/Ecke Thurngasse.

„SENIORENTREFF DER LINZER“

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 15.00 Uhr

Polizei-Sportbuffet,

Linz, Derflingerstraße Nr. 5

"KRIPo STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat

ab 16.00 Uhr im PSV Heim

TODESFÄLLE

Alois Fiala, Al., Wien,
im 76. Lebensjahr,

Heinrich Schön, Gl.,
Kematen a.l.,
im 76. Lebensjahr,

Maria Herberstein, Wien,
Witwe n. Franz Herberstein,
im 97. Lebensjahr,

Kurt Schlögl, Al., Wien,
im 81. Lebensjahr,

Rudolf Patoschka, Gl., Gars, im
88. Lebensjahr,

Rudolf Lüftner, Revl.,

Bruck/Leitha,
im 84. Lebensjahr,

Hermann Madlberger, Al.,
Wien,
im 78. Lebensjahr,

Friedrich Roseneder, Obst.,
Eisenstadt, im 78. Lebensjahr,

Elisabeth Tesarek,
Wolkersdorf,
Witwe n. Gl. Heinrich Tesarek,
im 92. Lebensjahr.

kripo.at TERMINE

ZURÜCK AUF DIE SCHULBANK

Wir besuchen die
Sicherheitsakademie

Datum: 11. September 2009

Zeit: 13.00 – ca. 19.00 Uhr

Ort: SIAK-Traiskirchen,
Akademiestraße

Leistung:

**Fahrt mit dem Bus ab U-Bahnhaltestelle Erdberg
Besichtigung der SIAK
Heurigenabend in Traiskirchen**

Kosten:

für Mitglieder gratis, Nichtmitglieder Euro 10,-

Nicht im Preis enthalten ist die Konsumation beim Heurigen.

Anmeldung:

**In unserem Sekretariat 01 317 16 75 oder
sekretariat@kripo.at**

Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen beschränkt, eine rechtzeitige Anmeldung sichert einen Platz. Interessenten die nicht den Bus benützen wollen, können direkt zur SIAK kommen. Die Besichtigung findet ab 13.30 Uhr statt.



Bild: Archiv

VORMERKEN



Vereinigung on Tour

Mitgliederversammlung in
Innsbruck. 24. September
2009. Ort und Zeit erfahren
Sie in der nächsten Ausgabe.





Grafik: Christian Doneis

Krisen, Konten und Kredite

...oder die Verwechslung von Ursache und Wirkung eines MILLIARDENGRABES.



„...als sehr viele Leute große Vermögen in ...verloren hatten, brach das Kreditgeschäft in ... wegen der geminderten Zahlungsfähigkeit zusammen. Es ist nämlich unmöglich, dass viele Menschen Hab und Gut einbüßen, ohne dass sie noch andere mit sich in das gleiche Unglück reißen. Bewahrt den Staat vor dieser Gefahr! Es sind nämlich - glaubt mir dieses, weil es ihr selbst seht - dieses Kreditwesen und dieser Finanzmarkt, welcher in ... seinen Mittelpunkt hat, mit dem Geldwesen in...eng verflochten. Jene Dinge dort in...können nicht zusammenbrechen, ohne dass die hiesige Finanzwirtschaft von derselben Erschütterung erfasst wird und ebenfalls zusammenbricht“.

Dieses Zitat vom römischen Senator und Anwalt Cicero ist zwar schon rund zweitausend Jahre alt, spiegelt aber doch genau unsere heutige Situation wider. Er verwies auf die dramatischen Verhältnisse in Kleinasien und deren Auswirkungen in ... Rom. Nun könnte man sagen: Krisen und finanzielle Katastrophen hat es schon immer gegeben. Der oben beschriebene Zustand war aber so gefährlich, dass deswegen ein Krieg geführt wurde, der beide Parteien - Rom und Kleinasien - an den Rand des Abgrundes brachte. Eine finanzielle Krise hat nämlich bemerkenswerter Weise immer einerseits, mit einem Überfluss und andererseits mit einem Mangel zu tun.

„Unsere“ Krise begann ziemlich genau im Jahre 2007. Sie ist in erster Linie - ihrer Art nach - eine Banken- und Finanzkrise und begann geografisch gesehen in den USA. Die Krise äußerte sich fast weltweit zuerst in Verlusten und Insolvenzen bei größeren Unternehmen der Finanzwelt und seit dem Ende des Jahres 2008 (leider!) auch in der Realwirtschaft von Industrienationen.

Die Überbewertung von Geldanlagen - aber vor allem von Immobilien - führte in den USA zu erhöhtem Konsum und gleichzeitig zu erhöhten Investitionen und Überproduktion. Fast alle haben ihr Haus oder Grundstück, Immobilien usw. als eine Art Sparschwein verwendet, um sich mit immer neuen Krediten darauf, einen teuren Lebensstil leisten zu

können. Eine lange Preissteigerungsphase im USA-Immobilienmarkt hatte sich dort zu einer Immobilienblase entwickelt. Man lebte in den Tag hinein, die amerikanische Volkswirtschaft profitierte, wählte sich nach der vorangegangenen Aktienkatastrophe sicher und hielt die Zinsen niedrig.

Irgendwann aber begannen zuerst ganz langsam und nur in geringem Ausmaß bemerkbar, die Immobilienpreise zu sinken. Der Überfluss an Waren und Dienstleistungen der produziert wurde, wich einem Mangel an kreditfähigem (sicheren) Gegenwerten, d.h. weil die Grundstücke und Häuser immer weniger wert waren- aber vor allen Dingen immer rascher ihren Wert verloren, aber die Kreditsumme sich auf die früheren Werte bezogen, konnten immer weniger ihren Kredit vollständig und pünktlich zurückzahlen.

Dazu stiegen plötzlich die Zinsen - die Wirtschaft brauchte Geld, das aber nicht oder kaum zur Verfügung stand, das wieder steigerte noch mehr die Nachfrage nach finanziellen Mitteln und setzte die Schuldner unter Druck. Davon betroffen waren vor allem s.g. „Subprime“-Kredite, Schuldner also, mit geringer Bonität.

RISKANT wurde die Situation, als die US-Banken begannen -wegen der überbewerteten Immobilien -gegenfinanzierte Kredite bzw. darauf lautende „Wertpapiere“ auszugeben. Die Spekulationsblase platzte und der Wert der Immobilien sank noch tiefer. Die Banken blieben nun auf ihren Krediten sitzen. Sogar wirklich große Banken - wie Lehmann Brothers oder Versicherungen wie AIG mussten - KONKURS anmelden oder von der Regierung gerettet werden. Diese sog. „Subprimekrise“ veranlasste die US-Regierung, die Kontrolle über die beiden größten Hypothekenbanken der USA zu übernehmen, was wiederum zur Folge hatte, dass es zu Kursstürzen an den internationalen und sogar globalen Aktienmärkten kam.

Weil aber durch den Weiterverkauf dieser faulen Kredite - in der oben erwähnten Form der Verbriefung - diese in aller Welt zerstreut bei anderen Banken in deren Tresoren

lagen, weitete sich diese Krise wegen der engen Verknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen und Finanzverbindungen, auch weltweit aus. Vorerst wurden nur kleinere Banken davon erfasst, dadurch wurde die Krise nicht so deutlich sichtbar. Aber sehr rasch betraf sie die ganze westliche Welt, aber auch die mit ihr eng verbundenen und sogar abhängigen Wirtschaftsräume, wie China. Die Banken wurden zurückhaltend, später sehr vorsichtig und am Ende ablehnend. Plötzlich wurde das Geld überall knapp. Dies wiederum bedeutete, dass fast kein Kapital mehr in die Wirtschaft floss, aber gerade dies wäre der wichtigste Anstoß zur Belebung des wirtschaftlichen Kreislaufes notwendig gewesen, allein die Unternehmen bekamen keines oder auf jeden Fall zu wenig, die Betriebe mussten schließen oder zumindest ihre Produktion stark drosseln, viele Mitarbeiter entlassen oder kurzarbeiten.

Die Banken wiederum mussten große Summen von bereits vergebenen Krediten abschreiben, d.h. sie verfügten über noch weniger Geld als vorher, das Vertrauen der Sparer und Anleger sank, was zur Folge hatte, dass die Kapitaldecke der Geldinstitute immer kürzer und dünner wurde.

Die Wallstreet 1929



Bild: Archiv

Aufgeschreckt durch diese Ereignisse, wurden die internationalen Handelsbeziehungen von Staat zu Staat neu „überdacht“, d.h. es kam zu massiven Einschränkungen des Welthandels und zu protektionistischen Tendenzen. Die Folgen dieser Ereignisse aber waren: noch mehr steigende Arbeitslosigkeit und beginnende Deflation.

Vereinfacht gesagt bedeutet „DEFLATION“, dass eine Ware oder Dienstleistung unter ihrem Mindestherstellungswert angeboten wird. Mit anderen Worten, sie wird mit Verlust auf den Markt gebracht und angeboten. Es ist nur zu verständlich, dass dieser Zustand „unwirtschaftlich“ sein muss, denn nur mit Gewinn kann der, der an der Herstellung und Produktion beteiligt ist, auch selbst wirtschaftlich existieren. „Verlustgeschäfte“ nützen niemanden.

Nun - viele meinen viel zu spät, andere wiederum behaupten das Gegenteil, wieder andere sehen ein Zuviel bzw. Zuwenig - griffen die einzelnen Staaten in „ihre Wirtschaften“ ein.

Durch gigantische Konjunkturprogramme, Beihilfen, Zuschüsse, Kredite, Garantien, Aufkäufe von Wertpapieren usw., versuchte man zu retten, was offensichtlich nicht oder fast nicht zu retten war.

Gerade nämlich durch diese „Konjunkturprogramme“, die extrem teuer waren, stieg die „Staatsverschuldung“, was wieder zur Folge hatte, dass bei von Staaten aufgelegten Anleihen, je nach Einschätzung der Börse, nun viel höhere Zinsen festgelegt wurden und nun auch bezahlt werden mussten ...

Nur äußerst mühsam konnte der Bankensektor, teilweise saniert werden. Die einzelne Bank legte zwar der öffentlichen Hand gegenüber ihre Bücher offen, eben um zu Geld zu kommen, aber gegenüber den anderen Banken, misstraute jeder den anderen. In so einem Zustand ist es kaum möglich, umfangreiche und rasche - im Wirtschaftsleben aber notwendige - Geschäfte abzuschließen.

Bild: Archiv



Die Weltwirtschaft ist im Moment nicht gerade "bullish"

Die vorhin angesprochene Subprimekrise gilt somit wohl als Auslöser, aber keinesfalls als Ursache.

Zu Beginn des Jahres 2009 ging der Internationale Währungsfonds von Abschreibungen betreffend US-Kredite und „verbriefte Wertpapiere“ - die irgendwo im Bankensystem vorhanden waren - im Ausmaß von 2,2 BILLIONEN US-DOLLAR aus. Schon drei Monate später, musste man die Summe auf weltweit VIER BILLIONEN ansetzen.

Die U R S A C H E dieser oben geschilderten Entwicklung lag ganz woanders, war simpel, einfach, grotesk und fast lächerlich: die weltweit reichlichen Ersparnisse suchen ständig nach hohen Renditen und können im heutigen elektronischen Zeitalter in Sekunden von einer Veranlagung in die andere transferiert werden. Dabei werden oft die Risiken außer Acht gelassen, die solche hohen Verzinsungen in sich bergen. In den USA wollte man 2003 einen anderen Weg gehen: die Kreditverzinsungen wurden bewusst niedrig gehalten um die Konjunktur zu beleben. Gleichzeitig wurde das Außenhandelsdefizit der USA durch jenes Kapital finanziert, welches das Ausland in US-Banken angelegt hatte, oder anders gesagt: ausländisches Guthaben verhinderte

das riesige amerikanische Budgetloch in buchhalterischer Hinsicht: das Geld war zwar da, aber gehörte nicht (mehr) den Amerikanern.

Die völlige Umkehr aller Werte sah wirtschaftlich so aus:

Die EU und China lieferten Waren und Dienstleistungen in die USA, diese kauften diese Waren und Dienstleistungen mit Krediten, welche sie auf ihre Immobilien aufnahmen. Besonders China legte die Exportüberschüsse in US-Dollar in den USA in US-Staatspapieren an, was zusätzlich die Verzinsung dieser Wertpapiere drückte. „Nebenbei“ wurde so - das von den USA belächelte China - zum größten Gläubiger der Amerikaner. (Allein im Jahre 2007 kaufte China US-Dollar in Form von Wertpapieren im Gegenwert von einer halben Billion Dollar...!!!)

In den USA hielt man die Zinsen – noch immer - niedrig und begründete dies damit, dass ein hoher Zinssatz die Haushalte und Immobilienbesitzer zu stark belasten würde. China, aber auch Japan kauften weiter US-Staatspapiere. Sie besitzen nun zusammen ca. 2 Billionen US-Dollar. Tokio hat ein einfaches Rezept für diese Krisenzeiten: um seinen Export zu fördern, hält Japan seinen Leitzins sehr niedrig, was wieder den Kurs der japanischen Währung niedrig hält. Investoren nutzen aber diesen Umstand um in Japan billige Kredite aufzunehmen und anderswo Vermögenswerte aufzukaufen. Das aber wieder führt zu hohen Vermögenspreisen, die eine niedrige Verzinsung zur Folge haben. Ein niedriger Zinssatz „verführt“ aber den Eigentümer zu Krediten. Wegen dieses niedrigen Zinssatzes konnten sich selbst einkommensschwache Personen ein Eigenheim leisten und nun begann der teuflische Kreislauf, der schon oben dargestellt wurde.

Es ist auch für sehr anerkannte Fachleute unmöglich zu sagen, was wohl der richtige Weg aus dieser fast aussichtslosen Lage ist: sicher kann jedoch davon ausgegangen werden, dass vor allem das Vertrauen der Banken untereinander wieder hergestellt werden muss. Es weiß ja niemand, wie sehr



Hektisches Treiben, als die Börsenkurse weltweit einbrachen

der jeweils andere, in diese Situation verstrickt ist..

Mit Blick auf Europa ist zu sagen, dass selbst die EU in diesen Zeiten auf die sog. „3 % Marke“ welche die Neuverschuldung der einzelnen Mitglieder begrenzt, nicht pochen wird, da es sich um eine weltweite Krise handelt.

Österreich hat sehr früh staatliche Garantien für Kredite zwischen den Banken bis zu 85 Milliarden € bereitgestellt und weiter 15 Mrd. € für Not leidende Banken vorgesehen. Es konnte erfolgreich eine Insolvenz einer großen Bank verhindert werden, indem fünf andere Banken - die gefährdete - „auffingen“. Andererseits ist die Inanspruchnahme von Kapital der Republik durch Banken, für den Staat ein sehr gutes Geschäft. Je nach Lage des Finanzmarktes und des jeweiligen Institutes ist seitens der Bank ein Zinssatz von 8-9% an die Republik zu zahlen...!

In allerletzter Zeit wurde die Bonität

Österreichs angezweifelt ! Wegen der starken Verflechtung in mittel- und osteuropäischen Bankinstitute musste Österreich für seine Staatsanleihen plötzlich um fast einen Prozent mehr an Zinsen bezahlen, als im Vergleich der letzten Jahrzehnte. Die Regierung in Wien hat aber darauf sehr drastisch und mit entsprechenden Unterlagen darauf hingewiesen, dass der Sachverhalt - anders als von den Ratingagenturen dargestellt - für die Republik überhaupt nicht von Bedeutung ist, für die Banken aber konnte in jedem Einzelfall der Nachweis erbracht werden, dass genug Rücklagen vorhanden sind. Mittlerweile schütten österreichische Banken ungewöhnlich hohe Gewinne aus, was zeigt, dass in diesem Land zwar die Krise nicht beendet ist, aber vor dem Ende steht...!!!

„...das GELD aber,... hat noch keinen reich gemacht...!!!“ (Seneca)

•Willibald Plenk

Wirtschaftskrise – Boomende Wirtschaftszweige „High Risk Management“

Firmen und Großkonzerne betreiben bei neuen Kunden ein sogenanntes High-Risk-Management. Ohne dass der Neukunde es bemerkt, werden seine Bonität und seine Kaufkraft binnen kurzer Zeit überprüft, negativenfalls wird er/sie als Kunde abgelehnt.

In Zeiten der steigenden Zahlen an Internet- und Handybetrugsfällen und der Zahlungsausfälle von Kunden auf Grund Verlust des Arbeitsplatzes, boomt ein neuer lukrativer Geschäftszweig in der Wirtschaft: Informatikunternehmen spezialisiert auf die Themen Adressmanagement und Risikomanagement. Diese bieten die einfache Bonitätsprüfung bis hin zur Berechnung komplexer und aussagekräftiger Scorewerte (Scoring) ihrer Antragsteller zum Zweck der Identifikation, der Risikobeurteilung, sowie für das Management von Kundenbeziehungen, an.

Kurz erklärt tun diese Unternehmen nichts anderes, als europaweit Daten von Personen zu sammeln und zu bewerten und geben der anfragenden Firma dann gegen entsprechendes Entgelt Auskunft über die betreffende Person.

Die Kundendaten werden von Banken, Versicherungen, Großkaufhausketten, anderen Unternehmen, aber auch Internetfirmen bezogen. Meistens erfolgt der Austausch auch mit den anfragenden Kunden, frei nach dem Motto „Ich gebe Dir meine Informationen und Du mir Deine!“ Der Kunde ergänzt die bestehenden Daten des Unternehmens durch seine Eigenen in einer speziellen Datenbank des Unternehmens, welches ihm gegen Bezahlung den Zugriff gewährt (sogenannte Bonitätsdatenbanken).

Diese Datenbanken und Informationen sprengen alles bisher Dagewesene an elektronisch verarbeiteten Personendaten. Wie die Firmen tatsächlich zu den Daten kommen, ist ein großes Geheimnis, jedoch nicht schwer zu erraten. Kundenkarten, Mitgliederdaten von Unternehmen, sowie deren Aufzeichnungen was und wie viel der Kunde bei ihm gekauft hat, Zahlungsschwierigkeiten ja oder nein, in wie vielen Unternehmen kauft der Kunde,.... All das und noch viel mehr Informationen werden zusammengefasst, ausgewertet und stehen dann auf Abfrage sofort zur Verfügung. Speziell die Kredit- und Bankinformationen, aber auch von Versicherungen bringen wichtige Ergebnisse für die Risikobewertungen. Bei den Versicherungsdaten sind ja auf Grund Haftpflicht-, Haushalts- oder Lebensversicherungen die finanziellen Gegebenheiten relativ gut ersichtlich und geben alleine diese Informationen bereits ein relativ gutes Bild für die anfragende Firma.

Bonitätsdatenbanken werden vom Neukunden, über bestehende Kunden, sowie auch im Mahnfall angewendet. Die Daten und deren Interpretationen sind auch sehr effizient in der Steuerung von weiteren Prozessen wie Akquisition, Rechnungsstellung, Mahnwesen, Inkasso und Adressermittlung.

Für das Risikomanagement im Antragsbereich



Grafik: Christian Doneis

identifiziert, sammelt, prüft und verdichtet der Datenbankanbieter risikorelevante Daten zu einer Kreditentscheidung für den Verkäufer bzw. Anbieter.

Unter Einsatz der modernsten Internet-Technologien sind Risiko- und Potentialbeurteilung für den Kreditschutz, das Marketing und den Verkauf online und in Echtzeit ersichtlich. Die Datenbank verknüpft und bearbeitet, unter Beachtung aller Auflagen des Datenschutzes, auf einer Internet-Plattform Daten aus zahlreichen Quellen. Ein Online-System ermöglicht den

uneingeschränkter Zugriff für Kunden z.B. auf:

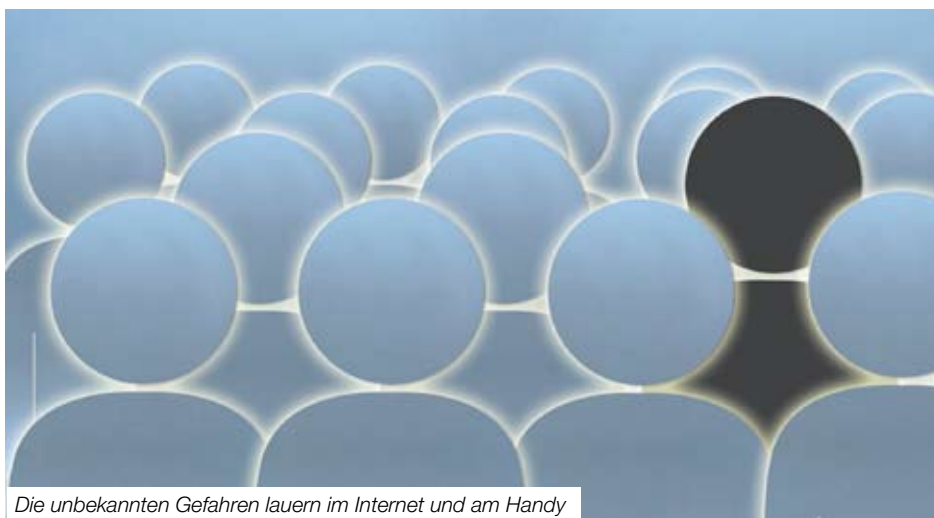
- Adress-Suche inklusive aller nötigen Adressdetails
- HighRisk-Einträge
- Beziehungen zwischen Privatpersonen und Firmen
- Publikationen (SHAB)
- Daten von Einzelunternehmen
- Zahlungsverhaltensdaten von Privatpersonen und Firmen
- Risiko- und Potentialindikatoren
- Verschiedene Risikoberichte inkl. Score (standardisiert oder kundenspezifisch)

Kunden mitgeteilt wird, dass derzeit kein derartiges Mobiltelefon lagernd ist und wird dem Neukunden vielleicht nur ein Wertkartenhandy angeboten. Oder er bekommt das Mobiltelefon erst nach einigen Tagen, nachdem er die erste Monatsrate des Mobiltelefons bezahlt hat.

Derartige Methoden verwenden mittlerweile fast alle Großkonzerne in Europa. Sie bedienen sich umfangreicher Daten ihrer Kunden und kommen so zu einem sogenannten Kundenbild, wo Zahlungsfähigkeit, Zahlungsmoral, aber auch eventuelle wirtschaftliche Möglichkeiten,

stehen der Exekutive dank der rigorosen Datenschutzgesetze aber nicht zur Verfügung.

Somit werden die Zeiten auch für Bestellbetrüger und Anmeldebetrüger schwerer, da die Bonitätsdatenbanken natürlich auch Adressabfragen ermöglichen. Bei einem aktuellen Fall eines in Wien und auch in mehreren anderen Städten in Europa tätigen High Risk Unternehmens, wurde ein Handyanmeldebetrug bereits im Ansatz vereitelt. Auf einer Wohnadresse in Wien (40 m² Altbauwohnung) waren bereits fünf Mobiltelefone angemeldet und diese von unterschiedlichen Anbietern. Beantragt wurden die Neuanmeldung dreier weiterer hochpreisiger Mobiltelefone mit Partnerkarten. Auf Grund der Risikoeinschätzung (High Risk) wurde die Anmeldung verweigert und stellte sich heraus, dass in der 40m² Wohnung 12 Rumänen gemeldet (aber nicht wohnhaft) waren, welche bereits wegen mehreren Betrugsdelikten bekannt waren. Trotz dem Umstand, dass die Täter eine junge Frau, welche noch keine Vormerkungen diesbezüglich hatte, zur Anmeldung schickten, schätzte das Risikomanagement die Kundin als höchst riskant ein und wurde die Anmeldung vom Unternehmen nicht durchgeführt. Ca. eine Stunde später versuchte es die Täterin bei einem anderen Handyshop, welcher nicht an das Risikosystem angebunden war (anderer Betreiber) und kam mühelos zu den nagelneuen teuren Mobiltelefonen. Mittlerweile hat Informationen zu Folge auch dieser Betreiber nunmehr eine High Risk Datenbank in Verwendung.



Die unbekanntes Gefahren lauern im Internet und am Handy

Wie funktioniert das in der Praxis?

Nehmen wir zum Beispiel eine Neuanmeldung eines Handys beim Telekombetreiber X. Die Daten des neuen Kunden werden sofort in das firmeneigene System eingegeben, dieses erkennt, dass es sich um einen Neukunden handelt und fragt sofort die aktuelle Datenbank ab. Miteinbezogen in diese Abfragen werden auch die Zahlungsart, also wird ein Kunde welcher mit Bankeinzug arbeitet besser bewertet als jemand, der mit Zahlschein die monatlichen Raten begleichen will. Binnen weniger Minuten erhält der Verkäufer eine ziemlich genaue Risikoeinstufung des noch vor ihm stehenden Kunden und kann so abschätzen, ob ein Angebot (z.B. Neuanmeldung eines teuren Blackberry Storm Handys mit einem Spezialtarif) für diesen Kunden zu riskant ist. Dann kann es schon passieren, dass dem

Beschwerdehäufigkeit, Zahlungsausfälle udgl. zu einer Risikoeinschätzung in Prozentform zusammengefasst werden.

Es liegt am Endkunden, die Bewertung zu berücksichtigen oder das hohe Risiko einzugehen, dass dieser Lieferant in Kürze nicht mehr bezahlen kann bzw. bezahlen will. Diese Systeme erfreuen sich immer größerer Beliebtheit, da nicht nur Einzelpersonen, sondern Unternehmen selbst ebenfalls erfasst werden. Kommt also die Firma XY und will als Großhandelskunde bei der Firma YZ Ware bestellen, wird die Firma XY genau gleich von dem System bewertet und das Risiko eingeschätzt, sodass der Kunde darauf sofort reagieren kann und zum Beispiel Vorabzahlung von 50% des Warenwertes verlangt.

Diese Datenbanken wären natürlich für Betrugsermittlungen und Wirtschaftsermittlungen von unschätzbarem Wert,

Gerade Internet- und Telekombetreiber sind in Sachen Prävention sehr aktiv, jährlich treffen sich alle namhaften Unternehmen bei einer dreitägigen Fraud-Tagung in Linz, an welcher auch Polizeibeamte aus den Ermittlungsbereichen Betrug und Wirtschaft aus ganz Österreich, aber auch Staatsanwälte teilnehmen. Dort werden die aktuellen Betrugsfälle, sowie mögliche Gegenmaßnahmen besprochen und in weiterer Folge effizient umgesetzt.

•Thomas Franklin

Dienstreise nach Königswinter

Fortbildung ist ein zentraler Punkt unserer zukünftigen Vereinsarbeit. Wir werden daher in Zukunft Mitglieder zu Veranstaltungen befreundeter Organisationen, aber auch zu Kongressen und Seminaren mit sicherheitsrelevanten Inhalten entsenden. Susanne Rauer hat den Anfang gemacht und war beim Seminar des „Bundes Deutscher Kriminalbeamten“ über das Thema „Jugend und Gewalt“.



Jugendgewalt ist kein Phänomen eines Landes, sondern ein europaweites Delikt mit allgemein steigender Tendenz. Das war vielleicht ein Grund, warum unsere deutsche Bruderorganisation BdK sich des Themas in Form eines Seminars in Königswinter annahm. Vom 10. bis 12. Dezember des Vorjahres trafen sich 29 Teilnehmer in der kleinen Stadt am Rhein um sich wissenschaftlich auszutauschen.

Österreich war nicht nur durch die Teilnehmerin Susanne Rauer, die dienstlich die Jugendprävention bearbeitet, sondern auch durch den Vortragenden Mag. Manfred Zirnsack vom BM.I. vertreten.

Den Startvortrag lieferte Staatsanwalt Ingo Kaiser aus Köln. 2.500 Delikte jährlich werden von seiner Dienststelle behandelt,

die er anhand praktischer Fälle erklärte. Michael Rupp aus Saarbrücken zeigte in einer Powerpoint-Präsentation eine Statistik der Jugendgewalt in den letzten Jahren und referierte auch über die Arbeitsgruppe des BdK „Jugendkriminalität“.

Mag. Manfred Zirnsack erklärte den vorwiegend deutschen Kollegen die Behördenstruktur in Österreich, das Sicherheitspolizeigesetz und ging dann auf die Schwerpunkte der Jugendkriminalität wie z.B. „Happy Slapping“ ein. Interesse fanden bei den ausländischen Kollegen die Projekte „Jugend o.K.“ und „Faustlos im Kindergarten“.

Zwei Polizeibeamtinnen aus den Niederlanden stellten die Probleme ihres Landes dar. Vor allem nahmen sie Bezug auf die Grup-

penbildung und die daraus resultierenden Probleme. Josef Borjans vom Polizeipräsidentium Köln stellte die Fachbereiche seiner Behörde vor. Vor allem die Zusammenarbeit von Elternhaus, Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justizbehörden seien oberstes Ziel.

Hans Hülsbeck, Vorsitzender des Vereins „Sprache gegen Gewalt“ zeigte mittels eines Videofilms die Brutalität unter Jugendlichen. Hülsbeck sprach auch über das Abgleiten einer Clique zur Gang, über die Problembereiche Graffiti, Internet und Happy Slapping.

Wie bei allen derartigen Veranstaltungen waren aber nicht nur die Vorträge, sondern auch der persönliche Erfahrungsaustausch der Teilnehmer von eminenter Wichtigkeit.

•Richard Benda

Leserbrief

Seit geraumer Zeit wird in den Massenmedien über Fehler bei der Aufklärung von schweren Verbrechen und Fehlurteilen der Gerichte berichtet.

Ohne auf diese Probleme näher einzugehen, erlaube ich mir folgende Anregungen zu unterbreiten:

1. Einrichtung einer Dienststelle im BMfI, welche sich nach dem Vorbild der Sicherheitsakademie in Hiltrup/BRD, seit mehr als 50 Jahren mit der nachträglichen Untersuchung von Kriminalfällen befasst, die zu Fehlurteilen geführt haben und die Ergebnisse unter dem Titel „Aus Fehlern lernen“ veröffentlicht.
2. Im Buchhandel ist kürzlich ein Buch unter dem Titel „Unschuldig hinter Gitter“ erschienen, welches von einem ehemaligen Gendarmeriebeamten namens Rainer Himmelfreundpointner, der in

Wien lebt, verfasst wurde. Das Buch ist zum Preis von €19,45 in Buchhandlungen erhältlich.

3. Eine Studie über das Thema „Aus Fehlern lernen“ welche von mir in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsakademie in Linz, dessen Leiter Oberst Spendlingwimmer, und Brigadier Anton Waschenegger der Sicherheitsdirektion für Oberösterreich, sowie dem Chefinspektor Lattner, welcher Kriminalistik unterrichtet, erarbeitet wurde, wurde dem Bundesministerium für Inneres für Schulungszwecke zur Verfügung gestellt. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Thema in die Ausbildung der Polizeijuristen, Kriminalbeamte, Staatsanwälte, Richter und Kriminaljournalisten eingebunden und die bestehenden Mängel ein Ende finden. Alle an der Verbrechensaufklärung

befassten Beamten sind eingeladen, derartige Fälle dem BMfI zur Verfügung zu stellen. Es geht um die Aufarbeitung von Mängeln der Wahrheitsfindung und einer zukünftigen Vermeidung derartiger Fälle, einer Stärkung der Rechtsmoral und der der Stärkung des Vertrauens in die Arbeit der Polizei und der Gerichte.

4. Start eines Ausleseverfahren für Beamte aller Verwendungsgruppen, die für den Kriminaldienst in Betracht kommen.

Vorgesetzten muss bewusst sein, dass sie eine besondere Verantwortung tragen und als Vorbild wirken müssen. Das Denken ist bei der Kriminalpolizei nicht verboten, lautet ein alter Lehrsatz. Es geht nicht um die Verwaltung der Kriminalität sondern um deren Aufklärung.

•OKAMIS